



Startseite

Region Bautzen

Region Chemnitz

Region Dresden

Region Leipzig


Politik

▼ Service

▼ Mehr

MDR.DE > Sachsen

Vorschläge der Kohlekommission

 Vorlesen

Kretschmer: Strukturwandel in der Lausitz "große Chance"

Sachsen soll für den Kohleausstieg bis 2038 pro Jahr zwei Milliarden Euro vom Bund erhalten. Ministerpräsident Kretschmer sieht eine große Chance im Strukturwandel. Wenn alles planmäßig verläuft. In der Staatskanzlei wird eine eigene Abteilung mit 21 Mitarbeitern aufgebaut. Am Mittwoch ist der Strukturwandel in der Lausitz auch Thema im Sächsischen Landtag.





Bildrechte: dpa

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer dringt auf eine rasche Umsetzung der Vorschläge der Kohlekommission. Bis Ende April sollten die Eckpunkte für ein Maßnahmegesetz der Bundesregierung vorliegen, sagte der CDU-Politiker in Dresden. Kretschmer bezeichnete das Vorhaben als einen "Meilenstein für den Freistaat Sachsen". Die damit verbundenen rund 18 Milliarden Euro für die Lausitz und der damit verbundene Strukturwandel seien eine "große Chance" für Sachsen.

„Die kommenden 20 Jahre werden für die Lausitz ganz prägende Jahrzehnte sein“

| Ministerpräsident Michael Kretschmer

Der Co-Vorsitzende der Kohlekommission, Sachsens ehemaliger Ministerpräsident Stanislaw Tillich, sagte MDR SACHSEN, bei der Umsetzung sei Geld nicht alles. Notwendig seien beschleunigte Verfahren für Verkehrswege. Als Beispiel nannte er das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz aus den 1990er Jahren. Damals sei der Rechtsweg bei Projektplanungen in den neuen Bundesländern verkürzt worden. Auch ein Image-Wandel für die Region sei wichtig - als Zukunftsregion, so Tillich.

Strukturwandel: Landesregierung fordert Rechtsverbindlichkeit



Die Einigung der Kommission sei ein Meilenstein für den Freistaat, so Ministerpräsident Kretschmer während der Pressekonferenz am Dienstag. Indes dringt Sachsens Staatsregierung auf eine rasche Umsetzung der Vorschläge.



2 min

MDR SACHSENSPIEGEL

Di, 29.01., 19:00 Uhr

02:15 min

Dulig: Braunkohleunternehmen sollen Partner bleiben

Auch Wirtschaftsminister Martin Dulig forderte, das Vorhaben rasch in einen gesetzlichen Rahmen zu gießen. Vor allem müssten in den Regionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zugleich appellierte Dulig an die Braunkohleunternehmen, auch nach dem Ausstieg 2038 "Partner in der Region zu bleiben" und als "veränderte Energieunternehmen" tätig zu sein.

Kretschmer fügte hinzu: Der Strombedarf in Sachsen werde nach dem Kohleausstieg nicht allein aus erneuerbaren Energien gedeckt werden können. Auch Erdgas werde dafür notwendig sein.

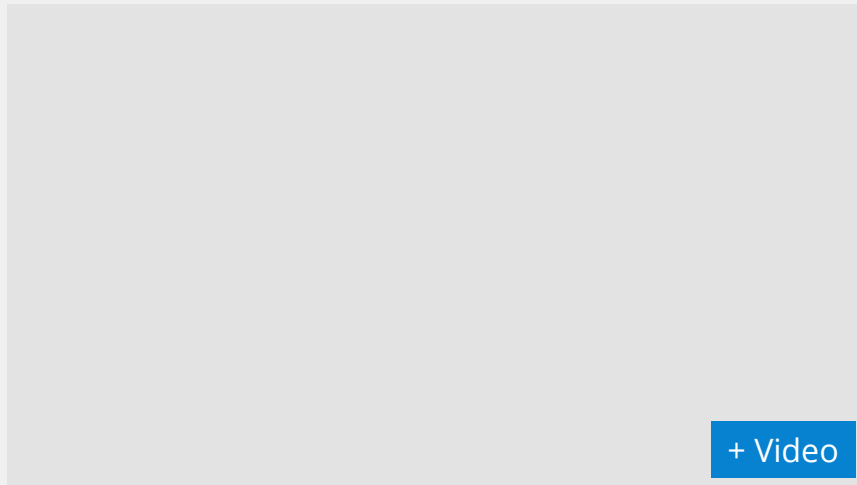
Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer

Bildrechte: MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

Neue Abteilung für Strukturwandel

Sachsen will für den Strukturwandel eine eigene Abteilung aufbauen. Sie soll laut Kretschmer und Dulig in der Staatskanzlei angesiedelt und 21 Mitarbeiter umfassen. Man wolle nicht zulassen, dass aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten Reibungsverluste entstehen. In der Abteilung sollten gemeinsam mit den betroffenen Regionen alle eingereichten Vorschläge für Projekte geprüft werden.

Der Strukturwandel in der Lausitz ist am Mittwoch auf Antrag der Links-Fraktion auch Thema einer Aktuellen Debatte im Sächsischen Landtag.



+ Video

Leipziger Land

Pödelwitz plant nach Kohlekompromiss neue Proteste

Lange wurde um den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung gerungen, nun steht der Termin. Die Mibrag nennt den Ausstieg für 2038 einen "harten Schlag", Umweltschützern kommt er zu spät. In Pödelwitz regt sich Protest.

[mehr >](#)

[> Reaktionen aus Sachsen auf den Kohle-Kompromiss](#) | [Bildergalerie](#)



Quelle: MDR/kb/epd/dpa

Dieses Thema im Programm bei MDR SACHSEN

MDR SACHSEN - Das Sachsenradio | 29.01.2019 | 16:00 Uhr | Nachrichten

Zuletzt aktualisiert: 29. Januar 2019, 18:12 Uhr

WEITERFÜHRENDE LINKS

- > 28. Januar 2019
Kohle-Kompromiss: Für die einen ausreichend – für die anderen ein harter Schlag
- > 28. Januar 2019
Fragen und Antworten zum Kohle-Kompromiss
- > 26. Januar 2019
Bericht der Kohlekommission: Was bedeutet der Kohle-Kompromiss für Mitteldeutschland?
- > 26. Januar 2019
Das steht im Abschlussbericht der Kohle-Kommission

KOMMENTAR VERFASSEN ▾

5 Kommentare

30.01.2019, 10:04 | Ulrich Ingenlath

5

Ein seltsamer Aktionismus - nur sieben Monate vor den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg. Dabei haben sowohl Kretschmer wie Tillich und Platzeck in der Vergangenheit jedwede Diskussion oder strategischen Planungen über die Zukunft des Lausitzer Reviers ohne die Braunkohle abgelehnt bzw. verhindert.

So etwas bezeichnet man gemeinhin als Führungsversagen bzw. Dilettantismus.

Nach Lage der Dinge (Prognosen, Umfragen), wird Herr Kretschmer nach dem 1. September 2019 nicht mehr Ministerpräsident Sachsens sein, da der Landtag eine andere Zusammensetzung haben wird.

Es ist somit völlig unseriös, Projekte anzuschieben ohne über ein Bundesländer übergreifendes Konzept zu verfügen. Dieses sollte einer neuen Sächsischen Staatsregierung vorbehalten bleiben.

P.S.: Was macht eigentlich Herr Tillich nach dem Ende der Kohlekommission?68427

30.01.2019, 08:49 | na so was

4

Eine Frage an Herrn Kretschmer (CDU), Ministerpräsident von Sachsen. Zwei Milliarden Euro jährlich soll Sachsen für den Strukturwandel vom Bund erhalten. Sind Sie 100% davon überzeugt, dass dieses vom Bund auch eingehalten wird? "In der Sächsischen Staatskanzlei wird eine 21-köpfige Abteilung aufgebaut", die für den Strukturwandel verantwortlich ist. Wird diese Abteilung vom Freistaat Sachsen bezahlt oder bekommen diese ihr Gehalt von zwei Milliarden Euro / jährlich, die vom Bund kommen sollen?

30.01.2019, 08:34 | Egon

3

Ich wünschte mir, die Mitarbeiter aller Kohle- und Atomkraftwerke, würden selbige sofort vom Netz nehmen, um den Wind- und Solarstromerzeugern und ihren Befürwortern endlich die Gelegenheit zu geben, zu beweisen was sie können/sagen, sprich das ganze Land mit dem benötigten Strom zu versorgen. Und zwar an jedem Ort und zu jeder Zeit. Allerdings befürchte ich, wenn denn diese Sternsunde angebrochen wäre, daß die Energiewendeüberzeugten, in gewisse Erklärungsnot geraten könnten, wenn sie sich überhaupt noch in die Öffentlichkeit trauten. Und dann wäre interessant zu sehen, wer denn so alles bei den Kohle- und Atomstromerzeugern zu Kreuze kriecht... Bitte, bitte, schaltet wieder an.

30.01.2019, 08:27 | Hant...

2

Ein Strukturwandel findet ganz sicher statt. Es ist doch sehr fraglich was hier den Menschen in der Region verkauft wird. In meinen Augen, nichts! Die Gelder welche fliesen werden sind doch eher eine Entschädigung an die Erzeuger- Unternehmen. Es gibt keine Studien für diese Regionen nur Gedankenspiele und auf Grundlage von solchen Unsinn wird entschieden. Die Folgen werden doch sein, dass die vorhandene Struktur zusammen brechen wird, siehe ehemalige Gebiete in Westdeutschland. Die Bürger werden extrem gefordert und belastet durch höhere Strompreise und eine Zuspitzung des Marktes bedingt durch die Elektro Fahrzeuge , wenn diese sich durchsetzen. Die Produktion von Anlagen zur Erzeugung von regenerativen Strom ist jetzt schon zum großen Teil im Ausland und die Preise werden aufgrund der steigenden Nachfrage explodieren! Wir haben somit alle wichtigen Technologien verlagert und eine deutsche Autoindustrie von der wir jetzt leben wird es auch nicht mehr geben. Kommt wieder Atomstrom?

29.01.2019, 23:00 | Volksmund

1

Sie ist von niemandem gewählt worden und also auch nicht berechtigt mich zu vertreten und mit mir als Energieverbraucher irgendeinen Konsenz herzustellen. Die Selbstbeweihräucherung der Funktionäre liest sich so: »Die Mitglieder der Kommission stellen einen breiten Querschnitt der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteure dar. Das schafft die Grundlage für einen tragfähigen gesellschaftlichen Konsens, auf den sich alle Beteiligten in den kommenden Jahren verlassen können.« Von den vier Vorsitzenden der Kommission sind drei Politiker und eine ist Lobbyistin. Was die Mitglieder betrifft sieht es nicht besser aus: Das Rote Kreuz, die Arbeitgeber, der BDI, der DIHT, zahlreiche Expolitiker, die jetzt in Verbänden rumhocken, und ein Schwarm von Gewerkschaftern, Kohlegegnern und Klimaalarmisten. Kein einziger Vertreter der normalen Energieverbraucher, kein Fachmann und kein Ingenieur! Alles parasiten von den Steuergeldern, die vom UNGEFRAGTEN!!!!!! Bürger erarbeitet werden.

MEHR AUS SACHSEN

+ Video

Ticker: Sachsen melden
fleißig Vogelvorkommen -
große Sorge um die Amsel >

Schönheitskönigin aus
Plauen muss mit
Hasskommentaren
kämpfen >

+ Video

Urteil gegen Schüler aus
Auerbach >

+ Video

Tankstellenüberfälle in
Dresden: "Für eine
Festnahme auf frischer Tat >

Dramatische
Löscharbeiten an Hotel
"Turmvilla" in Bad Muskau >

Erdbeben erschüttert
polnische Mine: >

werden wir auch Glück brauchen"

Mindestens sieben Verletzte

WEITERE INHALTE LADEN 



Der Mitteldeutsche Rundfunk ist Mitglied der [ARD](#).

[Kontakt](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#)

MDR.de

- [Startseite](#) >
- [Fernsehen](#) >
- [Radioprogramme](#) >
- [MDR Mediathek](#) >
- [Korrekturen](#) >
- [Seitenübersicht](#) >

Unternehmen

- [Aktuell](#) >
- [Organisation](#) >
- [Zahlen und Fakten](#) >
- [Kommunikation](#) >
- [Karriere](#) >
- [Ausschreibungen](#) >

Service

- [Empfang Fernsehen](#) >
- [Empfang Radioprogramme](#) >
- [Mitschnitt-Service](#) >
- [Aktuelle Schlagzeilen](#) >
- [Barrierefreiheit](#) >
- [Nachrichten in Leichter Sprache](#) >
- [Sprachassistenten](#) >

